

Europa und die ukrainische Misere

Weil die EU dem Land eine Mitgliedschaft gar nicht in Aussicht stellt, trägt sie zum Chaos in Kiew bei. Ein historischer Fehler

VON ANDREAS UMLAND

Ein gängiges Urteil über die Ukraine lautet, dass in der Kiewer Politik Chaos herrsche. Allerdings wird in diesen Einschätzungen vernachlässigt, dass der wichtigste westliche Partner der Ukraine – die Europäische Union – für die fortgesetzte Unbestimmtheit des politischen Kurses mitverantwortlich ist.

Kaum jemand würde bestreiten, dass die Perspektive eines Beitritts zur EU eine wichtige Rolle bei der zügigen Stabilisierung und Demokratisierung Mitteleuropas nach dem Zusammenbruch des Sowjetblocks gespielt hat – wenn sie nicht gar eine notwendige Voraussetzung für die beeindruckenden Transformationsfolge in den neunziger Jahren war. Viele Zeitgenossen würden überdies zugestehen, dass Frieden, Stabilität und Wohlstand auch in Westeuropa in den letzten sechzig Jahren eng mit dem Projekt und dem Prozess der europäischen Integration sowie deren Rückwirkungen auf die innere Entwicklung der Mitgliedsländer verbunden waren.

Jedoch sind nur wenige europäische Politiker und EU-Bürokraten bereit, öffentlich den Umkehrschluss zu ziehen, der sich daraus für die Ukraine ergibt: Wenn die Teilnahme am europäischen Integrationsprozess, die Perspektive und die Verhandlungen eines EU-Beitritts positive Auswirkungen von Tallinn bis Dublin hatten, dann bleibt die Ukraine, wenn man ihr die Aussicht einer künftigen EU-Mitgliedschaft verweigert, jener Orientierungshilfe beraubt, von der ihre westlichen Nachbarn profitierten.

Als Folge des neuen westeuropäischen Isolationsismus findet sich die Ukraine in einer Art „altem Europa“ wieder, also in einer Situation, die an europäische Vorkriegsverhältnisse erinnert. Im Gegensatz zu den Akteuren der meisten

heutigen europäischen Länder muss die ukrainische Führung nach wie vor in einer Welt konkurrierender Nationalstaaten, wechselhafter Länderalianzen, geschlossener politischer Lager und harter Nullsummenspiele agieren, bei denen der Gewinn des einen nationalen oder internationalen Akteurs den Verlust des anderen bedeutet. Ähnlich hat Politik in Europa auf nationaler und internationaler Ebene vor dem Beginn der beiden Weltkriege funktioniert – und letztlich zu deren Entstehung beigetragen.

Die Ukrainer wären die Ersten zuzugeben, dass ihr Land noch weit von einer Kandidatur für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union entfernt ist. Dennoch fällt es europäisch gesinnten Ukrainern schwer, das Verhalten der EU-Staaten zu verstehen: Warum Kandidat und warum sind Rumänien sowie Bulgarien längst Vollmitglieder, während der Ukraine nicht einmal die Chance zugestanden wird, in ferner Zukunft der EU beizutreten? Haben nicht die „orange Revolution“ und die Parla-

Warum ist die Türkei offizieller Kandidat, Kiew aber bekommt keine Chance?

mentswahlen von 2006 und 2007 gezeigt, dass sich die Ukrainer demokratischen Werten und Verfahren verpflichtet fühlen?

Freilich gab es in den letzten Jahren auch eine Vielzahl von Entwicklungen, die in die entgegen gesetzte Richtung zeigen. Nach wie vor grassiert im Staatsapparat die Korruption, lähmen bizarre politische Konflikte immer wieder Parlament und Exekutive, versan-

den notwendige Verwaltungsreformen. Die Restrukturierung der Industrie oder der Sozialpolitik kommt nur äußerst schleppend voran.

Mit jedem weiteren Jahr, das nach der „orangenen Revolution“ vergeht, stellt sich jedoch mehr und mehr die Frage: Sind diese und andere Rückschläge bei der Modernisierung der Ukraine nur noch als Ursachen oder bereits als Folgen der mangelnden Bereitschaft der EU anzusehen, dem Land eine offizielle Mitgliedschaftsperspektive zu eröffnen?

Wird die angebliche EU-Untauglichkeit der Ukraine nicht zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung? Trägt die politische Führung der EU-Staaten inzwischen nicht Mitschuld daran, dass die Ukraine immer noch weit davon entfernt ist, „europäischen Standards“ zu genügen?

Die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten arbeiten zwar eng mit der Ukraine zusammen, verschleißen sich aber dem Eintrittsbegehren des Landes und hinterlassen die Kiewer Führung im Unklaren über die Chancen einer plausiblen langfristigen Entwicklungsperspektive. Ist sie zum Schlichtfeld eines kulturpolitischen Stellvertreterkrieges geworden. Prowestliche und prorussische staatliche und nichtstaatliche, nationale und internationale Spieler ringen um die Zukunft dieses wichtigen und bislang noch nicht konsolidierten europäischen Staates.

Ohne die disziplinierte Wirkung einer glaubhaften Aussicht auf EU-Mitgliedschaft gibt es in der Ukraine kein allgemein akzeptiertes Maß, an welchem sich bestreben ließe, ob diese oder jene staatliche oder politische Aktion dem Lande nützt oder schadet. Ukrainischen Politikern, Beamten und Intellektuellen fehlt es bislang an einer gemeinsamen Orientie-

ung, es mangelt ihnen an einem klaren Bezugspunkt bei der Formulierung und Durchsetzung außen- und innenpolitischer Präferenzen. Die EU-Mitgliedschaftsperspektive könnte diese liefern und damit zur Stabilisierung des Staates beitragen.

Es ist nicht nur im Sinne der Bürger dieser jungen Demokratie, dass die Ukraine berechenbarer und stabiler wird. Auch Brüssel, Paris und Berlin müssten daran interessiert sein, dass der politische Prozess in Kiew künftig in geordneten Bahnen verläuft, besteht doch weiterhin die Gefahr, dass die Regionen im wirtschaftlich schwachen, politisch geteilten und sozial krisenhaften ukrainischen Staat auseinanderstreben.

Separatistische Tendenzen können wiederum als Vorwand für eine russische Einmischung, womöglich gar für eine militärische Intervention Moskaus, etwa auf der Krim, dienen. Kame es infolgedessen gar zu einer Konfrontation der beiden größten europäischen Flächenstaaten, hätte das schwerwiegende Folgen für ganz Osteuropa sowie die russisch-westlichen Beziehungen. Im schlimmsten Fall könnte das gesamte europäische Sicherheitssystem, das nach dem Kalten

Krieg entstanden ist, in Frage gestellt werden.

Eine EU-Mitgliedschaftsperspektive wäre kein Allheilmittel für die Missstände in der Ukraine. Sie würde etwa das russisch-ukrainische Verhältnis nur mittelbar beeinflussen. Dennoch ist sie derzeit das aussichtsreichste Instrument des Westens, auf die Innen- und Außenpolitik der Ukraine Einfluss zu nehmen. Die Möglichkeit einer künftigen europäischen Integration des Landes würde sowohl die politischen Konfliktdimensionen als auch die öffentlichen Debatten in Kiew neu strukturieren.

Weder die breite Bevölkerung der Ukraine noch die politische Führung Russlands haben ein Prinzip etwas gegen einen Beitritt der Ukraine zur EU – ganz im Gegensatz zu der skeptischen bis ablehnenden Haltung bezüglich einer künftigen Nato-Mitgliedschaft.

Moskau hat nichts gegen einen Beitritt einzuwenden – anders als im Falle der Nato.

Die Polemik um einen Nato-Beitritt der Ukraine, der zwar von der Kiewer Elite unterstützt, jedoch von der Mehrheit der Ukrainer abgelehnt wird, würde an Brüssel verbleiben. Die Ukraine könnte bereits heute zielgerichtet auf eine Annäherung an den Westen hinarbeiten, ohne dass dies zu verschärften Spannungen in den Beziehungen zu Moskau führen würde.

Für alle Beteiligten – nicht zuletzt für die Ukrainer selbst – ist klar, dass der Weg der Ukraine in die EU lang sein würde. Daher leuchten die bekannten Begründungen für das demonstrative Schweigen der EU während der letzten Jahre nicht ein. Zwar ist die Union gegenwärtig durch die Reform ihrer Strukturen gebunden, muss zunächst einmal die Integration der Länder geleistet werden, die neu beigetreten sind oder demnächst beitreten werden. Da aber eine Vollmitgliedschaft der Ukraine in jedem Fall in weiter Ferne liegen würde, überzeugt der Verweis auf die Fülle und Komplexiertheit der heutigen Schwierigkeiten der Gemeinschaft nicht.

Ein offizielles Ja der EU zu einer künftigen Kandidatur der Ukraine würde die Europäische Kommission und die Mitgliedsländer auf abschaltbare Zukunft nur we-

ning verpflichten. Obwohl eine solche Erklärung zunächst kaum etwas an den Außenbeziehungen der EU änderte, würde sie die Kiewer – und die Moskauer – Elite tief beeindrucken und der ukrainischen Bevölkerung ein wichtiges Signal senden mit entsprechendem Rückwirkungen auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Staats- und Regierungschefs der EU sollten versuchen, die Ukraine im zeitgeschichtlichen Zusammenhang zu sehen, und sich die jüngere Geschichte ihrer eigenen Länder in Erinnerung rufen. Sie sollten die Schwierigkeiten, mit denen die Ukraine gegenwärtig zu kämpfen hat, nicht ahistorisch von jenen Schwierigkeiten trennen, mit denen auch ihre Länder vor der Teilnahme am europäischen Integrationsprozess zu kämpfen hatten. Brüssel sollte im Interesse aller europäischen Völker der Ukraine offiziell die Möglichkeit geben, nachdem Kiew die entsprechenden Auflagen erfüllt hat. Und die Union sollte der Ukraine diese Möglichkeit – ebenfalls im Interesse aller Beteiligten – besser früher als später eröffnen.

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Mittel- und Osteuropastudien der Katholischen Universität Eichstätt.

GESCHÄFTSBESCHLEUNIGER

EPSON